

Zur Zukunftssicherung der Universitätsmedizin braucht es ein Umdenken

Stellungnahme des Kanzlerarbeitskreises Hochschulmedizin

Für das Jahr 2013 erwartet knapp die Hälfte der Universitätsklinika ein negatives Jahresergebnis, lediglich 20 % der Klinika prognostizieren noch schwarze Zahlen – das ist eine alarmierende Botschaft an die medizinführenden Universitäten. Der vom DRG-Vergütungssystem ausgehende wirtschaftliche Druck auf die Universitätsklinika sowie die budgetäre Deckelung der Erträge bei gleichzeitig steigenden Aufwandsentwicklungen, vor allem bei den Ärzten (TV-Ä), Energiekosten und Aufwendungen für innovativen medizinischen Bedarf, gefährden zunehmend auch die klinische Grundlage für erfolgreiche Lehre und Forschung. Die sich daraus ergebenden Leistungen vernachlässigen wesentliche Aufgaben von Universitätskliniken als Supramaximal- und Endversorger, die weit über die üblichen Aufgaben anderer Krankenhäuser hinausgehen. Die Klinikleitungen können so immer weniger die wissenschaftlichen Ziele der Medizinfakultäten unterstützen. Die krankenhaushauswirtschaftlichen Möglichkeiten, Forschung und Lehre nachhaltig zu gewährleisten, schmelzen zunehmend ab und lassen die hierzu erforderlichen klinischen Infrastrukturen schrumpfen. Strukturelle Entscheidungen aus krankenhaushausökonomischen Gründen limitieren so die akademische Lehre und mindern in zunehmend eingreifender Weise die klinische Forschung. Wichtige Fächer verschwinden, wie das Beispiel Endokrinologie zeigt, obwohl diese in hohem Maße auch ausbildungsrelevant sind.

Gründe für die alarmierenden krankenhaushauswirtschaftlichen Prognosen liegen in den gravierenden Unzulänglichkeiten im Finanzierungssystem, die wegen des massiven Investitionsstaus der Universitätskliniken noch verschärft werden. Hierauf haben kürzlich zu Recht der Medizinische Fakultätentag, der Verband Deutscher Universitätskliniken sowie der Ärztenbund hingewiesen. Die erforderliche klinische Basis wird in bedrohlicher Weise beschränkt. Darüber hinaus werden im engen Finanzverbund von Klinik und Fakultät die für Forschung und Lehre bestimmten Mittel zweckentfremdet, um Defizite der Krankenversorgung auszugleichen. Eine Situation, die wie auch der Fakultätentag und der Verband Deutscher Universitätskliniken beklagen, nicht weiter aufrechterhalten werden darf. Der Kanzlerarbeitskreis Hochschulmedizin der deutschen Universitäten teilt deshalb deren Sorge für die weitere Entwicklung der Universitätsmedizin in Deutschland. Die Universitätsklinika müssen von der Politik in die Lage versetzt werden, sowohl ihre Fähigkeit als Supramaximal- und Endversorger wiederzugewinnen, als auch die international wettbewerbsfähige Spitzenforschung sowie exzellente klinische Lehre angemessen zu unterstützen. Der Kanzlerarbeitskreis Hochschulmedizin fordert deshalb als einen wichtigen ersten Schritt hierzu die schnellstmögliche Einführung eines Systemzuschlags für die Universitätsklinika. Damit schließt er sich der dringenden Forderung der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz wie auch der baden-württembergischen Wissenschaftsministerin Theresia Bauer an.

Kontakt:
Dieter Kaufmann
Vorsitzender des Kanzlerarbeitskreises Hochschulmedizin
Kanzler der Universität Ulm
Helmholtzstr. 16, 89081 Ulm
Tel.: +49 (0) 731 50 25000